

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher N 8538. ::
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Beif-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 21

Cöln, den 7. Oktober 1916.

IV. Jahrgang.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1915.

Ist in der letzten Nummer des Zentralblattes erschienen. Schwer, recht schwer sind unsere Verbände vom Krieg mitgenommen, wie der Bericht für das erste volle Kriegsjahr zeigt. Trotzdem gibt er Zeugnis von der Lebenskraft unserer Bewegung, die sich auch unter den geänderten Verhältnissen den neu gestellten Aufgaben gewachsen gezeigt hat.

Hierüber heißt es in dem Bericht wie folgt:

„Die eigentlichen Träger des gewerkschaftlichen Lebens, von denen namentlich die Agitation immer wieder den belebenden Odem erhalten muß, opfern ihre besten Kräfte auf den Schlachtfeldern. Viele allerdings unterhalten nach Möglichkeit rege briefliche Verbindung mit den gewerkschaftlichen Mitkämpfern in der Heimat. Nach unserer Ueberzeugung gehört manches von dem so Geschriebenen zum Wertvollsten der ganzen Kriegsliteratur. Jene Leute, denen immer noch vor dem Einfluß der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit auf die Arbeiter graut, fänden da Gelegenheit, ihr Urteil richtiger einzustellen. In manchen Feldpostbriefen von Angehörigen der christlichen Gewerkschaftsbewegung finden sich nicht nur treffende Schilderungen und interessante Versuche, sich über die gegebene Gesamtlage klar zu werden, sondern auch wertvolle, praktische Anregungen, die vereinzelt von hervorragenden verantwortlichen Stellen dankbar benutzt worden sind. Außerdem legt die rege Beschäftigung mit der Gestaltung der Verhältnisse im „neuen Deutschland“ Zeugnis davon ab, daß der Sinn für unseres Volkes Lebensfragen unter dem Donner der Geschütze und dem Druck unsagbarer Gefahren recht lebendig ist.

Diese Tatsachen sind ein Gegenstück zu der anderen, daß im Lande selbst ohne Ueberhebung die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung während des Krieges als die am besten disziplinierte Bewegung des öffentlichen Lebens bezeichnet werden kann. Hier hat es zu keiner Zeit die lärmenden, geräuschvollen Ueberspanntheiten, wie anderwärts, gegeben, die das Volk nur in Verwirrung brachten und ihm die harte Pflichterfüllung erschwerten. Nicht in großsprecherischen Kundgebungen sahen die Gewerkschaften ihre Aufgabe, sondern in der geräuschlosen praktischen Arbeit zur Ueberwindung widriger Verhältnisse und zur Erhaltung des Vertrauens im Volke. Was gleich von Beginn des Krieges an mit gewerkschaftlicher Hilfe auf den verschiedensten Gebieten der Kriegswirtschaft und -fürsorge unternommen wurde, wurde trotz unaufhaltbarer Verringerung der verfügbaren Kräfte nach

Möglichkeit weitergeführt. Und dabei ist den Gewerkschaften diese Tätigkeit gewiß nicht leicht gemacht worden. Sie hatten und haben sich an diejenigen Volksschichten zu richten, denen die Erhaltung der nackten Existenz immer schwieriger gemacht wird, während gleichzeitig ein mit dem Schandmal der Kriegsausbeutung behafteter Luxus sich immer frecher gebärdet und die Bewucherung geradezu zum Himmel schreit. Wohl um die Aufmerksamkeit von so vielen tatsächlich aufreizenden Kriegsgewinnen in Handel, Industrie und Landwirtschaft abzulenken, haben gewisse Kreise mit Besessenheit alles zusammengetragen, was an Erhöhungen des Arbeitslohnes bekannt wurde und einigermaßen in die Augen sprang. Demgegenüber ist in der Gewerkschaftspresse immer wieder dargetan worden, daß es sich stets um Ausnahmen handle. Gewiß kann man wohl auch eine Erhöhung des Durchschnittslohns zugeben. Aber erstens ist dieselbe, wie die Rechnungsablagen der Berufsgenossenschaften zeigen, minimal; zweitens bestehen daneben vielfach wirkliche Schundlöhne weiter fort, und drittens versagen die Löhne der Arbeiter heute wohl ausnahmslos angesichts der Verteuerung der Lebensmittel.

Das Material über Schundlöhne häuft sich bei den Arbeiterorganisationen geradezu zu Bergen an.

Charakteristisch für die heutigen Verhältnisse ist, daß, trotzdem die Militärbehörden auf Antrieb der Gewerkschaften bei den für sie bestimmten Lieferungen die Löhne festsetzen, hunderte, ja tausende Fälle von Lohnhinterziehungen durch die Arbeiterorganisationen festgestellt und vor die Gewerbegerichte zur Korrektur gebracht worden sind. Es gab Fälle, wo der Betrag der Hinterziehungen bei einem einzigen Gesamtauftrag bis zu annähernd 100 000 Mark anwuchs.

Der Krieg hat, das beweisen alle diese Dinge, bis zur Unumstößlichkeit dargetan, daß der Lohn des Arbeiters in seiner Entwicklung von der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaften abhängt. Es ist nicht war, was einzelne Volkswirtschaftslehre vor dem Krieg neu zu verkünden anhuben, und was seitdem die gelben Werkvereine als ihre „volkswirtschaftliche Einsicht“ verkünden — daß nämlich die Löhne ohne den Druck der Gewerkschaften sich mit steigender Konjunktur von selbst heben. Wäre letzteres der Fall, wie ganz anders müßten dann die verhältnismäßig nur schwach organisierten Arbeiter in der chemischen Industrie mit ihren unheimlichen Gewinnen stehen! Selbst in der Schuh- und Lederindustrie mit ihren schon besseren Anfängen in der Arbeiterorganisation stieg der durchschnittliche Jahreslohn eines Vollarbeiters von 1914 auf 1915 um ganze 10,5 Prozent; ein Arbeitgeberorgan der Branche dagegen konnte vom Unternehmerstandpunkt aus feststellen, der

Krieg sei „eine Befreiung gewesen; dessen befruchtender Regen neues Wachstum bringt.“

Die christlichen Gewerkschaften haben zu ihrem Teil rastlos gearbeitet, um das Mißverhältnis zwischen der gewaltigen Verteuerung der Lebenshaltung und dem Arbeitereinkommen nach Möglichkeit auszuräumen. Die Sorge für eine Besserung der Volksernährungsverhältnisse stand bei allen ihren Beratungen obenan. Manche öffentliche Maßnahme auf diesem Gebiete entstammt nachweisbar ihrer Initiative. Die sodann im laufenden Jahre erfolgte Berufung ihres Generalsekretärs in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes besagt für die Wertschätzung der Arbeit unserer Bewegung auf dem Gebiete der Volksernährung mehr als lange Darlegungen. Die christlichen Gewerkschaften stehen dieser Berufung ihres leitenden Beamten genau so gegenüber, wie jeder anderen Sachlage, in der ihre Mitwirkung gewünscht wurde und wird; sie wissen, daß nur die Kritik berechtigt ist, die von dem festen Willen gestützt wird, gegebenenfalls selbst Hand anzulegen. Darum mußte Stegerwald der Berufung Folge leisten, ganz gleich, ob das gerade während des Krieges, bei dem ohnehin vorhandener Mangel an Kräften, vom organisatorischen Standpunkt betrachtet, erwünscht war oder nicht. Jahrelang hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung der sozialistischen Richtung zum Vorwurf gemacht, daß sie in entscheidenden Fragen sich auf die Kritik der gesellschaftlichen Zustände zurückziehe, anstatt positiv zugunsten der arbeitenden Bevölkerung im Staatsleben mitzuwirken. Etwa im Ernstfalle das gleiche tun zu wollen, was man jahrzehntelang an anderen kritisiert hat, entbehrt der Logik. Allerdings war die ganze Lage eine überaus bedenkliche: Das Kriegsernährungsamt wurde mit den überschwenglichsten Hoffnungen begrüßt; es stand aber einer, in zwei Kriegsjahren vollständig verfahrenen Situation gegenüber. Dazu hat sich auf das Ernährungsweisen der ganze, in zwei Jahren angesammelte Unzufriedenheit konzentriert. Die öffentliche Meinung wird systematisch gegen jede Maßnahme des Kriegsernährungsamtes aufgehetzt von Leuten, die — nun, die nicht in das Amt berufen wurden. Politische Organe, die Ursache haben, die Aufmerksamkeit ihrer Anhänger von gewissen Vorgängen abzulenken, ergreifen mit sichtlichem Behagen jede Gelegenheit, gegenüber dem Kriegsernährungsamt den Rückgratfesten zu spielen. Ganz wie von ungefähr, für den Eingeweihten aber mit leicht erkennbarer Absicht, wird dabei der Arbeitervertreter immer in den Vordergrund geschoben. Nationales Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl geht schließlich über Kleinlichen Tageszeitungsstreit. Auch die Arbeiterbewegung hat die Pflicht, die Kräfte für die Mitarbeit im Staatsleben abzugeben in einer Stunde, wo es um die Zukunft des gesamten deutschen Volkes geht. Bloß kritischer hinter dem Staatswagen herlaufen ist in solch ernster Stunde einer christlich-nationalen Arbeiterbewegung unwürdig. Es muß vielmehr angepackt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß Unbequemlichkeiten mit in den Kauf genommen werden müssen. Der Bewegung selbst sind durch die Mitwirkung des Kollegen Stegerwald im Kriegsernährungsamt die Hände keineswegs gebunden. Sie geht in der ganzen Ernährungsfrage ihren Weg weiter und macht auch dem Kriegsernährungsamt gegenüber von dem Rechte der Kritik Gebrauch, wo und so oft es nottut. Aber allerdings folgt ihr unbeschränktes Vertrauen dem Generalsekretär in sein neues Amt. Sie weiß, daß keine Beschlüsse gefaßt werden, bei denen er nicht alles zur Wahrnehmung der Interessen der breiten Verbraucherschichten aufgeboten hat, daß aber einer oder zwei Männer unter zehn und mehr nicht immer den Gehel ganz in die von ihnen gewünschte Richtung drücken können, daß oft der ganze Erfolg nur darin besteht, daß Schlimmeres verhütet wurde. Weil sie das weiß und

die Tatsachen ihr das wiederholte erfolgreiche Eingreifen Stegerwalds bestätigen, darum nimmt sie selbstverständlich bei ihrer Kritik darauf Rücksicht, ebenso wie auf die schwierigen Voraussetzungen, unter denen das Kriegsernährungsamt überhaupt seine Arbeit aufzunehmen gezwungen war.

Endlich auch darauf, daß das neue Amt einen besonderen Teil seiner Kräfte auf die Ueberleitung der Verhältnisse vom Kriegs- auf den Friedenszustand verwenden müssen. In unserm Volk ist der Gedanke auf die grundlegenden Veränderungen, die unser ganzes wirtschaftliches und gesellschaftliches Zusammenleben durch den Krieg erfährt, noch viel zu wenig lebendig und wirksam. Man stellt wohl zuzeiten mit einer gewissen Resignation, oder auch mit Wut oder Zorngrimm fest, daß durch den Krieg die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind; allein mit dieser ziemlich einfachen Feststellung, die zu dem nur eine Teilwahrheit enthält, ist die Sache wirklich nicht abgetan. Mag der Krieg ausgehen wie er will, auf alle Fälle werden wir seine ungeheueren Folgen nur überwinden, wenn unser Volk noch unendlich viel arbeitamer wird, als es bisher schon war. Nun ist aber durch den Krieg eine Menge von Leuten viel zu schnell und viel zu mühelos reich geworden, als daß man ihnen hinreichend volkswirtschaftliches Verantwortlichkeitsgefühl für die volle und pflichtbewußte Erfassung der ihnen obliegenden Aufgaben zutrauen könnte. Schon jetzt geben viele von ihnen ein aufreizendes Beispiel der Geldberausferung, die für spätere Zeiten nichts gutes erhoffen läßt. Jedenfalls wäre es für die Entwicklung der Produktivität unserer Volkswirtschaft verhängnisvoll, wenn die Verhältnisse sich dahin zuspitzten, daß die Befriedigung des Luxuskonsums der Reichen, wie es früher einmal war, den Mittelpunkt unserer volkswirtschaftlichen Arbeit bilden würde. Dahin müßte es aber kommen, wenn nicht alles getan wird, um die Konsumkraft der breitesten Schichten zu heben. Erfreulicherweise arbeitet die Konsumentenbewegung, die sich etwas mehr um zugkräftige Lösungen bemühen sollte, zielbewußt auf das letztgenannte Ziel hin. Es leuchtet aber ein, von welcher übertragender Wichtigkeit das Kriegsernährungsamt in dieser Beziehung sein kann.

Nicht zuletzt kommt es jedoch auf die Lohnentwicklung an; denn sie ist für den Stand der Konsumkraft der breitesten Schichten des Volkes Grundlage und Gradmesser. Die Erkenntnis dieser Bedeutung darf sich unser Volk unter keinen Umständen dadurch trüben lassen, daß viele Unternehmenkreise die Niedrighaltung der Löhne als eine Vorbedingung für den Erfolg in der Weltmarktkonkurrenz hinstellen, da sie eine Voraussetzung für niedrige Warenpreise sei. Diese tendenziöse Verbindung muß mit aller Schärfe bekämpft werden. Der Lohn ist nur ein Element des Preises und sehr oft noch bei weitem nicht das wichtigste. Die Tüchtigkeit des Arbeiters kann erfahrungsgemäß einen hohen Lohn mehr als wett machen. Und auf dem Weltmarkt entscheidet mindestens so sehr die Qualität der Ware als ihr Preis. Das Lohnstreben wird daher nach wie vor der erste Punkt im Programm der Gewerkschaften sein. Und es ist, angesichts der ständig wachsenden Konzentration im Unternehmerlager von größter Wichtigkeit, daß sich die drei großen Gewerkschaftsrichtungen während des Krieges in praktischen Fragen immer mehr verständigen gelernt haben. Das, worauf es praktisch ankommt, liegt in diesen Zeiten auch wirklich allzusehr auf der Hand, als daß Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen könnten.

Daß die praktische Gemeinschaftsarbeit die Preisgabe auch nicht eines Tüttelchens von den grundsätzlichen Anschauungen bedingt, daß sie vielmehr sich mit eifersüchtigster Wahrung der grundsätzlichen Stellung durchaus verträgt, ist zwar immer wieder hervorgehoben worden, wird aber trotzdem

genau so oft wieder angezweifelt. Soweit es sich dabei um unsere Bewegung handelt, kann nunmehr auf den Abschluß einer Arbeit hingewiesen werden, die uns gerade in dieser schweren Zeit mit Freude und Stolz erfüllt: auf die Schaffung und Veröffentlichung des Programms der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Betreffend Versicherungspflicht (Kranken-, Invaliden-, Unfallversicherung) von Militärpersonen herrschen in manchen Kreisen noch viele Unklarheiten.

Daß entlassene Leute den Militärzins in dieser Hinsicht nichts mehr angehen, ist ohne weiteres klar. Hinsichtlich der lediglich Beurlaubten oder Kommandierten herrschen Ungleichmäßigkeiten. Bei Beurlaubten hat sich ein größeres Versicherungsamt, welches sich zu dieser Frage geäußert hat, auf den Standpunkt gestellt, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, alle Versicherungsverpflichtungen, die er sonst seinen Arbeitern gegenüber hat, auch diesen Militärpersonen gegenüber zu erfüllen hat. In dem Gutachten heißt es: „Arbeiter und Angestellte, welche als derzeitige Militärpersonen von den Militärbehörden zu Arbeits- oder Dienstleistungen bei Gewerbetreibenden beurlaubt werden, stehen für die Dauer ihrer Beschäftigung bei diesen in einem Lohnarbeitsverhältnis im versicherungspflichtigen Sinne, sofern — wie das regelmäßig der Fall sein wird — die Gewerbetreibenden diesen Leuten für eigene Rechnung die üblichen oder die den Leistungen entsprechenden Löhne zahlen. Die sie beschäftigenden Arbeitgeber haben daher diese Leute zur Kranken- und Invalidenversicherung anzumelden, auch, sofern der Betrieb unfallversicherungspflichtig ist, die für diese Leute gezahlten Löhne in die Lohnnachweisungen für die Berufsgenossenschaften aufzunehmen mit der Wirkung, daß diese Leute in derselben Weise und in demselben Umfange gegen Krankheit, Unfall und Invalidität versichert sind wie in ihrem früheren Zivilverhältnis und im Frieden. Allerdings kann in solchen handwerksmäßigen Betrieben, welche der Unfallversicherung nicht unterliegen, der Fall eintreten, daß der im Betriebe zu Schaden gekommene Arbeiter keine Unfallrente erhält. Wenn auf die zu Friedensarbeiten beurlaubten Mannschaften seitens der Militärbehörden aber kein Zwang ausgeübt wird, sich zu diesen Arbeiten zu melden, so besteht kein Grund, diese Leute besser zu stellen und vor Gefahren ihrer Arbeit und ihres Friedensberufes mehr zu schützen, als der Arbeitgeber es für nötig erachtet hat, der die Notwendigkeit der Unfallversicherung nur für die größeren und die gefährlicheren Betriebe und Arbeiten anerkannt hat. Es wäre jedenfalls kaum zu rechtfertigen, den von der Militärbehörde beurlaubten Arbeitern einen höheren Anfallschutz zu gewähren, als den anderen im Betriebe verbliebenen gleichartigen Arbeitern, da erstere denselben, wenn nicht höheren Lohn beziehen und dieselben Dienste freiwillig auf Grund eines bürgerlichen Arbeitsvertrages verrichten wie letztere. Ansprüche aus dem Mannschafsvorversorgungsgesetz vom 31. 5. 06 sind nur dann begründet, wenn eine „Dienstbeschädigung“, d. h. eine im Militärdienst erlittene Beschädigung vorliegt.“ Soweit die Neuerungen des Versicherungsamtes.

Anderer bei kommandierten Personen des Soldatenstandes. Bei diesen hat das Kriegsministerium verfügt: „Personen des Soldatenstandes, die in Privatbetrieben beschäftigt werden, unterliegen der gesetzlichen Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen- sowie der Angestelltenversicherung nur dann, wenn sie „beurlaubt“ sind. Dagegen kommt bei einer Kommandierung die gesetzliche Versicherung nicht in Betracht; sie darf daher, wie dies in einigen Fällen geschehen sein soll, nicht von den Dienststellen den Unternehmern gegenüber gefordert werden.“

Die Stellungnahme der Militärbehörde kann man in dem ersten Falle als gerecht ansehen, wohingegen die Beurlaubten hinsichtlich Löhnung und Verpflegung verschiedentlich behandelt werden. Die Kriegs- oder Dienstbeschädigten erhalten solange Löhnung und Verpflegung, bis das Rentenverfahren abgeschlossen ist, auch wenn sie zur Arbeitsaufnahme in einem Betriebe bis zum Abschluß des Rentenverfahrens beurlaubt werden, ganz abgesehen davon, ob ihnen nachher eine Rente zugesprochen wird oder nicht. Auch die Höhe des verdienten Lohnes hat eine Kürzung oder Entziehung der Löhnung und des Verpflegungsgeldes vor Abschluß des Verfahrens nicht zur Folge.

Diejenigen, die auf bestimmte Zeiten gegen Entgelt beschäftigt und beurlaubt werden, haben keinen Anspruch auf Löhnung und Verpflegung, es sei denn, daß sie in ihren eigenen Betrieben gehen, z. B. Landwirte oder selbständige Gewerbetreibende, Bäcker, Metzger usw.

In dieser ungleichmäßigen Behandlung liegt eine gewisse Härte. Der Landwirt und auch manche Geschäftsleute, die ohnehin im

Kriege viel Geld verdient haben, erhalten neben diesem bei Beurlaubungen noch Wohnung und Verpflegung, während Arbeiter nichts erhalten. Hier weist offenbar die Kriegsbefolgungsvorschrift eine Lücke auf und um deren Beseitigung wohl im Interesse der ohnehin gedrückten Arbeiterschaft gebeten werden darf.

Nun noch einige Ausführungen zu den kommandierten Personen, also solchen, welche nicht versicherungspflichtig sind.

Die Kommandierung dauert in der Regel 4—6 Wochen, oft weniger, in manchen Fällen auch schon länger. In den meisten Fällen kommen landwirtschaftliche Betriebe in Betracht, aber auch handwerksmäßige und industrielle Unternehmungen lassen sich öfters Facharbeiter für eine gewisse Zeit überweisen. Ganz abgesehen davon, daß die Leute gern auf diese Kommandos gehen, weil ihnen dort meistens eine größere Freiheit winkt, hat die Sache doch ihre Schattenseiten.

Aber auch die Kommandierten selbst haben ein Interesse an einer Weiter- bzw. Neuaufhebung der Versicherung. Viele deutschen Arbeiter haben bei ihrem Eintritt zum Militär, teils aus Unkenntnis, teils aber auch, weil den Angehörigen die Mittel nicht ausreichten, die Versicherung weiter zu zahlen, den Termin verstreichen lassen. Nachdem die Arbeiter im Laufe des Krieges des öfteren auf die Vorteile unserer Versicherungsgehung hingewiesen worden sind, wird bei manchem der Wunsch laut, die Versicherung weiter zu führen. Bei der Invalidenversicherung ist die Sache ja geregelt, bei der Krankenversicherung ist jedoch die Voraussetzung Beschäftigung gegen Entgelt. Diese Möglichkeit ist nun gegeben während der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben.

Offentlich werden sich die maßgebenden Körperschaften auch mit dieser Frage mal beschäftigen, um so erneut den früher Versicherten die Möglichkeit zu geben, das Versäumte nachzuholen.

Der Umtausch der Invaliden-Rückstellungen soll nach § 1420 der Reichsversicherungsordnung binnen zwei Jahren nach dem Tode der Ausstellung geschehen. Er hat bei der Ortspolizeibehörde oder der andern dazu bestimmten amtlichen Stelle (Krankenkasse) zu erfolgen. Irrig ist aber die vielverbreitete Meinung, alle Rechte seien mit unbenuhtem Ablauf der Umtauschfrist verloren. Die Rechtslage ist vielmehr so, daß die Karte nur zwei Jahre lang zur Entrichtung von Marken gültig ist und der Versicherte dann, wenn er zu spät kommt, zu beweisen hat, etwa durch den Arbeitgeber, daß die in der Karte befindlichen Marken rechtzeitig, also innerhalb der zweijährigen Frist gefleht worden sind. Diese Vorschrift hängt wieder damit zusammen, daß gemäß § 1280, 1282 der Reichsversicherungsordnung der Versicherte zur Aufrechterhaltung seiner Rechte (Anwartschaft) alle zwei Jahre mindestens 20 (der Selbstversicherer 40) Wochenbeiträge entrichten muß.

Für Kriegsteilnehmer können aus diesen Vorschriften Nachteile nicht erwachsen. Denn nach einer Verordnung des Reichsrats vom 23. Dezember 1915 werden ihnen die Zeiten der Kriegsdienstleistung als Beitragszeit angerechnet; auch gilt für sie die Pflicht zum Kartenumtausch nicht. Die etwa bereits freiwillig geleisteten Beiträge werden auf Antrag erstattet. Der Antrag ist unter Vorlegung Karte und des Dienstausweises an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt zu richten.

In der Frage des Wochengeldes, welches nach § 165 der RVO. den Wöchnerinnen acht Wochen lang von den Krankenkassen gewährt werden muß, ist vom zweiten Revisionssenat des Reichsversicherungsamtes die grundsätzliche Entscheidung gefällt worden, daß dieses Wochengeld nicht nach Arbeitstagen, sondern für jeden Kalendertag der acht Wochen zu berechnen sei. Diejenigen Krankenkassen, die an Wöchnerinnen nur für Arbeitstage Wochengeld zahlen, müssen dazu angehalten werden, daß sie diese Praxis der neuen grundsätzlichen Entscheidung der RVO. entsprechend berichtigen.

Rundschau.

Erhöhung der Steuerzulage. Der Magistrat der Stadt Freising teilt unserm Bezirksleiter für Bayern mit, daß er beschlossen habe auf Grund der von unserm Verbands eingereichten Eingabe die Steuerzulage von 30 auf 60 Pfennige pro Tag zu erhöhen.

Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse wurden ausgezeichnet die Kollegen: Hubert Gratzfeld, Straßenbahner, Köln; Josef Hartmann, Gemeindearbeiter, Köln; Benjamin Sütterlin, Gemeindearbeiter, Freiburg; Johann Kumpel, Gemeindearbeiter, Ortsgruppe Werned; Josef Lang, Straßenbahner, Mannheim; Martin Friedrich, Straßenbahner, Mannheim.

Kollege Friedrich war vor längerer Zeit schon zum Unteroffizier befördert worden.

Kollege Lang, Mannheim, erhielt jetzt noch zum Eisernen Kreuz die silberne Badische Verdienstmedaille, Kollege Kumpel, Wernsd., das Bährische Militär-Verdienstkreuz, ebenso Kollege Hermann Hug, Freiburg, die Badische Tapferkeitsmedaille.

Wir gratulieren unseren Kollegen recht herzlich zu den Auszeichnungen und wünschen ihnen recht baldige Heimkehr.

Lebenshaltung im Krieg und Frieden. Im Reichsanzeiger vom 16. August finden wir folgende beachtenswerte Darlegungen:

Die Statistische Abteilung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen hat im April dieses Jahres eine Erhebung über die Lebenshaltung (Lebensmittelkosten- und Verbrauch usw.) unter Beteiligung von 70 Bezirks- und Ortsausschüssen und rund 4000 Haushaltungen aller Bevölkerungskreise veranstaltet und im Juli diese Erhebung wiederholt. Das hierbei gewonnene Material ist mit Unterstützung städtischer statistischer Ämter gesichtet und das Ergebnis für die einzelnen Städte teilweise schon verwertet worden. Jetzt liegt eine vergleichende vorläufige Veröffentlichung vor, in der die Ergebnisse der Erhebung für 10 deutsche Städte (Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Hannover, Karlsruhe, Münster i. W., M.-Gladbach, Neuß, Offenbach, Konstanz), denen der Friedenserhebung des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom Jahre 1908 gegenübergestellt sind. Aus dieser Veröffentlichung ergibt sich im Durchschnitt für eine vierköpfige Familie die folgende Steigerung der monatlichen Ausgaben für einige wichtige Lebensmittel und Verminderung des monatlichen Verbrauchs dieser Lebensmittel gegen 1908:

Gruppierung der Lebensmittel	Mehr- (+) bzw. Minder- (-) Aus- gaben im Monat		Minder- (-) bzw. Mehr- (+) Ver- brauch im Monat	
	absol. i. M.	in Prozent	absolut in Gramm	in Proz.
Brot u. Backwaren . .	+5,50	+46,90	-19234	-35,49
Kartoffeln	+5,60	+236,14	+17873	+50,02
Butter, Marg., Fette .	+6,45	+68,39	-2565	-46,78
Fleisch, Fleischwaren .	+5,92	+28,89	-7373	-56,14
Fische, auch geräuchert	+5,07	+390,—	im Frieden n. ermittelt	—
Eier	+6,57	+248,86	-7 Stück	-14,—
Milch	+2,08	+24,64	-16,2 Str	-29,83
Käse	+2,97	+226,72	im Frieden n. ermittelt	—
Kaffee u. Kaffeeersatz*) .	+3,76	+188,94	441g(*—	36,23*

*) Nur Bohnenkaffee.

Im ganzen waren für die genannten Lebensmittel trotz sehr erheblicher Verminderung des Verbrauchs monatlich 44,11 Mark, das sind 73,47 Prozent, mehr ausgegeben, als im Friedensjahr 1908. Das sind ganz erhebliche Mehrausgaben an Lebensmitteln. Leider sind sehr viele Arbeiterfamilien nicht, einmal in der Lage, sich die Lebensmittel zu kaufen, weil sie die notwendigen Geldmittel nicht haben, weil der Lohn gering ist. Dagegen hilft kein Schimpfen und Räsonnieren, sondern einzig und allein Arbeit im Verband, der die Rechte der Arbeiter wahrt und ihnen bessere Löhne erkämpft.

Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals hat auf Grund einer Abstimmung in seinen Obmannschaften den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vollzogen. Mit dem Anschluß hatte sich der Verband bereits jahrelang beschäftigt. Doch mußten erst noch die Lehren aus der Kriegszeit hinzukommen, um eine Mehrheit für den Anschluß zu

gewinnen. Der Verband zählte vor dem Kriege 14 000 Mitglieder, jetzt sind es 11 000 in 45 Obmannschaften. Wir begrüßen den Verband herzlich als ein neues Glied in unserer Bewegung.

Aus den Ortsgruppen.

Mannheim. Eine gemeinsame Versammlung der Straßenbahner und Gemeindearbeiter tagte am 23. September. Obwohl über 80 Prozent unserer Mitglieder unter den Fahnen stehen und die gemeinschaftliche Arbeit naturgemäß darunter sehr zu leiden hat, herrscht bei den noch vorhandenen Kollegen doch noch die feste Ueberzeugung, auch im Verbands wollen wir durch- und aushalten. Diese Meinung kam auch in obiger Versammlung, in der Kollege Gickmann das Referat übernommen hatte, zum Ausdruck. Wengleich, so führte der Redner aus, der Krieg auch unser Interesse in erster Linie in Anspruch nimmt, dürfen wir darüber doch unsere Standesfragen und die Zukunft nicht vergessen. Der Krieg wird einmal zu Ende gehen, aber unsere Standesfragen werden unser ständiger Begleiter sein und bleiben. Gelegentlich der großen gewaltigen Umwälzungen, die der Krieg uns auf allen Gebieten gebracht habe, und noch weiter im Gefolge haben werde, müsse es auch gelingen, den Stand der Arbeiter und Angestellten, einem seiner Bedeutung für Nation und Volkswirtschaft entsprechende Stellung im Staate und der Gesellschaft zu geben. Sein Verhalten während des Krieges habe doch zur Genüge bewiesen, daß er nicht mehr das ruhelose, an der Nation und der bürgerlichen Gesellschaft uninteressierte Element sei, dem kein Recht und keine Verantwortung geben dürfe. Das Gegenteil habe der Krieg bewiesen. Während ein großer Teil der Angehörigen der übrigen Stände, in Landwirtschaft, Handel und Verkehr, sich nur durch hohe, riesenhafte Gewinne dazu bringen ließen, dem Gebot der Stunde zu folgen, habe der Arbeiterstand sich ohne Ausnahme bereit erklärt, unter allen Umständen das Gemeinwohl über die eigenen Standesinteressen zu setzen. Oft habe sich die Gelegenheit geboten, genau wie in England, durch Ausstände ein bedeutend höheres Einkommen, einen Ertragewinn zu sichern. Nur weil er sich der Verantwortung gegenüber der Nation bewußt sei, würde hiervon Abstand genommen. Diese Rücksicht sei in den anderen Ständen nicht in dem Maße anzutreffen gewesen. Der beste Beweis für diese Behauptung liege doch in den seitens der Regierung getroffenen Maßnahmen wie Festsetzung von Höchstpreisen, Verordnungen gegen den Wucher usw. Auch die so oft geltend gemachte Begründung für die hohen Preise, „durch diese müsse die Produktion angeregt und gefördert werden, stelle den betreffenden Preisen nicht das beste Zeugnis für ihr Verantwortlichkeitsgefühl aus. Diese Gegenüberstellung beweise, daß mit dem alten Vorurteil gegen den vierten Stand endgültig gebrochen werden müsse. Seitens der Reichsregierung sei zwar das Versprechen der Neuorientierung der inneren Politik gegeben worden. Ein greifbares Resultat habe dieses Versprechen, abgesehen von der Vereinsgesetznovelle und der Berufung von zwei Arbeitervertretern im Kriegsernährungsamt, noch nicht gezeitigt. Es wäre auch zu wünschen, wenn die Regierung baldigt etwas näher bestimmte, nach welcher Richtung hin die Neuorientierung erfolgen soll. Als Arbeiter könnten wir darunter eine Veränderung des Wahlrechts in den meisten Staaten, sowie des Gemeinwahlrechts verstehen, um auch uns den der Bedeutung unseres Standes entsprechenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung zu geben. Endlich müßte auch das Versprechen auf Errichtung einer gesetzlichen Standesvertretung erfüllt werden. Was eine derartige Vertretung für den betreffenden Stand bedeute, zeige zur Genüge die Tätigkeit der Landwirtschafts- und Handelskammern während des Krieges.

Nicht minder wichtig sei eine Schulreform nach der Richtung hin, daß höhere Schulbildung nicht mehr ein Privileg der Besitzenden sei. Dem fähigen und fleißigen, wenn auch armen Schüler müsse der Weg zu den höheren Stellen geöffnet werden. Bei dem gewaltigen Bedarf an Einnahmen, die Reich und Staat nach dem Kriege haben und der befriedigt werden müsse, wären neue Steuern nicht zu umgehen. Diese entsprechend der wirklichen Tragfähigkeit der einzelnen Schultern zu verteilen, sei ein dringendes Gebot der Stunde.

Redner erwähnte dann noch eine Reihe weiterer Aufgaben, die der Zukunft zu lösen vorbehalten ist, so die dringend gewordene Wohnungsfrage, Schaffung eines einheitlichen klaren Arbeiter- und Angestelltenrechts. Die Zwischenstellung, die heute die Angestellten und Arbeiter des Staates und der Gemeinden, sowie die Straßenbahner einnehmen, bedarf dringend der Beseitigung.

Erst wenn man sich die Fülle dieser Aufgaben vor Augen stelle, komme einem immer deutlicher zum Bewußtsein, wie notwendig die Mitarbeit eines jeden Kollegen, wenn auch in der bescheidensten Form, sei. Die Zugehörigkeit und Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation bedeute aber die Mitarbeit an der Lösung dieser großen Aufgaben. Nur der Interessenlosigkeit weiter Kreise sei es zu danken, wenn ein Teil der Fragen bis heute seine Lösung noch nicht gefunden habe.

Mitarbeit sei jetzt wie auch in Zukunft mehr wie je notwendig. Das Versprechen der Neuorientierung habe schon genügt, um die Scharfmacher wieder auf den Plan zu rufen. Unter den Gegnern des Reichskanzlers mögen sich Leute befinden, die es ehrlich mit dem Vaterlande meinen, denen die Sorge um die Zukunft des Vaterlandes nach ihrer Meinung die Front gegen den Kanzler bestimmt. Aber ebenso fest steht auch, daß sie sich in Gesellschaft derer befinden, und diese bilden die Mehrheit, die mal wiederum das Vaterland mit ihrer eigenen Tatsache, mit dem eigenen Geldbeutel verwechseln. Sturm wird gelaufen gegen den Leiter der äußeren Politik, treffen aber wollen sie mit ihren Angriffen den obersten Beamten des Reiches, der auch dem Arbeiterstande nach Möglichkeit Gerechtigkeit widerfahren lassen will. Ihr Sturm- lauf gegen die gesetzliche Arbeiterschutz- und Versicherungs- gesetzgebung vor dem Kriege sei durch die gemachten Erfahrungen während des Krieges für die Zukunft unmöglich gemacht. Nunmehr solle versucht werden, die angestrebte Anerkennung der Gleichberechtigung des arbeitenden Standes zu verhindern. Hiergegen sich zu wehren, sei Pflicht eines jeden Kollegen. Nicht verlangten wir die Gleichberechtigung unseres Standes auf allen Gebieten als Belohnung unseres Wohlverhaltens, sondern weil Recht und Gerechtigkeit es erfordern.

Redner zeigte sodann an einer Reihe von Beispielen, daß unter den weitergehenden Bestrebungen der Gewerkschaften zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft die eigentlichen Aufgaben des Verbandes, Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu leiden brauchten. Auch während des Krieges sei gearbeitet und nennenswerte Erfolge zu verzeichnen gewesen. Für fast sämtliche Mitglieder hat der Verband Eingaben um Gewährung von Steuerzuschulden gemacht und Verhandlungen gepflogen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt, dann doch nennenswerte Erfolge zu verzeichnen. Für 90 Prozent der Mitglieder in 51 Ortsgruppen sind Steuerzuschulden gewährt. Für die Mitglieder einer Ortsgruppe wurden dieselben dreimal, für 8 Ortsgruppen zweimal und für 29 Ortsgruppen einmal erhöht. Die geringste Zulage betrug 20 Pfg. pro Tag für den betreffenden Arbeiter. Für die Mehrzahl aber seien die beantragten Familienzuschüsse bewilligt und zwar bis zu 6 Mk. pro Monat für den Arbeiter, für die Frau und für jedes Kind.

Dieses zeige, daß der Verband auch während des Krieges sich seiner Aufgabe gewachsen gezeigt habe.

Rege Mitarbeit seitens sämtlicher Kollegen werde auch für die Zukunft weitere Erfolge verzielen.

Eine rege Aussprache schloß sich dem Vortrage an. Trotz aller Aufklärung, so führten die Kollegen aus, sei in Mannheim die Notwendigkeit der Zentralorganisation noch immer nicht richtig erkannt. Hier müsse die Mitarbeit der Kollegen einsetzen und die Abseitsstehenden von der Zwecklosigkeit der lokalen Vereinigungen, die in letzter Linie auf eine öde, zwecklose Vereinsmeierei hinausliefen, zu überzeugen.

Mürnberg. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 26. September in den Zentralfällen. Kollege Eickmann hat das Referat über „Unsere Aufgaben während und nach dem Kriege“ übernommen. Eine rege Aussprache schloß sich dem Referate an. Der Vorsitzende brachte sodann zur Kenntnis, daß die Stadtverwaltung bereit sei, Lohnvorschüsse für den Bezug von Winterkartoffeln zu geben. Die Kollegen sollten ihren Bedarf bei den Betriebsverwaltungen anmelden und sich dort eintragen lassen. Die Lieferung der Kartoffeln erfolge durch das Kartell der christlichen Gewerkschaften. Die Bezahlung erfolge dann seitens der Stadt. Der Betrag würde sodann in Raten von mindestens 3 Mk. bei der Lohnzahlung in Abzug gebracht. Alle Kollegen, die Kartoffeln zu beziehen wünschten, sollten sich umgehend an den 1. Vorsitzenden, Kollegen Forstner, wenden. Von den Kollegen wurden sodann eine Reihe Beschwerden inbezug auf Auszahlung und Berechnung des Lohnes und der Steuerzuschulden erörtert. Es wurde beschlossen, diese dem Vorstande resp. dem Bezirksleiter zur Erledigung zu überweisen.

Mit der Aufforderung, auch in Zukunft rege an der Ausbreitung und Festigung des Verbandes mitzuarbeiten, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Bonn. Vor längerer Zeit hatten die Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe bei der Stadtverwaltung den Antrag gestellt, die im Herbst 1915 bewilligten Wochenlohnzulagen für die städtischen Arbeiter zu verdoppeln. Dieser Wunsch war in Anbetracht der immer stärker steigenden Preise für Lebensmittel auch durchaus berechtigt. Leider kam man damals dem Wunsche der Arbeiterschaft nur zum Teil nach, indem man die Wochenzulagen nur um 50 Prozent erhöhte. Nachdem daraufhin die Ausschüsse wiederholt auf Durchführung ihres Antrages gedrängt hatten, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen, wies unsere Verbandsleitung in einer Eingabe vom 29. August nochmals dringend auf die Notwendigkeit einer nochmaligen Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter hin mit dem Erfolge, daß der Verbandsleitung unterm 18. September eine Mitteilung des hiesigen Oberbürgermeisters zugeing, wonach die gewünschte Verbesserung durchgeführt wird. Und zwar sind die Wochenzulagen wie folgt erhöht worden:

für Unverheiratete		von 1,50 Mk. auf 2,00 Mk.	
„	Verheiratete ohne Kinder unter 16 Jahren	„ 2,25	„ 3,00
„	„ mit 1 Kind	„ 3,00	„ 4,00
„	„ 2 Kindern	„ 3,00	„ 5,00
„	„ 3 „	„ 3,75	„ 6,00
„	„ 4 „	„ 3,75	„ 7,00
„	„ 5 „	„ 4,50	„ 8,00
„	„ 6 „	„ 4,50	„ 9,00
„	„ 7 „	„ 4,50	„ 10,00
„	„ 8 „	„ 4,50	„ 11,00

Wir sehen also, daß auch diesmal wieder ein annehmbarer Erfolg für die städtischen Arbeiter erzielt wurde. Wenn die große Masse der städtischen Arbeiter nur endlich einsehen wolle, daß solche Erfolge viel leichter und in weit größerem Maße erreicht werden könnten, wenn alle Kollegen ohne Aus-

nahme durch Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation an der Verbesserung ihrer Lage mitarbeiten würden. Erfüllen die städtischen Arbeiter ihre Pflichten als Arbeiter gegenüber der Verwaltung und als Gewerkschaftler gegenüber ihrem Stande, so wird man ihnen ihre Rechte auf die Dauer nicht vorenthalten können.

Feldpostbrief.

In Feindesland. Auf der Schießübung in E . . . waren wir am vorletzten Tage derselben vom Rekrutendepot den einzelnen Kompagnien unseres Regiments überwiesen worden. Dabei wurden wir sichtlich durcheinandergewürfelt. Auf unsere gute Bekanntschaft in den einzelnen Jügen wurde natürlich keinerlei Rücksicht genommen. Es mußten sich viele einander liebgewonnene Kameraden wieder von einander trennen, da der eine zur zweiten, andere zur dritten oder vierten Kompagnie kamen. Die aber, die glücklich, wenn auch zu wenigen, zusammenblieben, versprachen sich gegenseitig um so treuer Kameradschaft zu halten. Doch die Freude dauerte nicht lange. Schon am dritten Tage nach unserer Rückkehr nach Köln, nachdem wir kaum die alten Sachen beim Rekrutendepot abgeliefert und dafür andere von der Kompagnie empfangen hatten, wurde schon ein Transport von Mannschaften angefordert, zu dem die einzelnen Kompagnien einen bestimmten Teil zu stellen hatten. Auch ich gehörte in meiner Kompagnie zu den „Ausermäßigten“. Kaum ist die Einteilung erfolgt, da müssen auf schon die neuen Sachen empfangen werden. Diesmal auf der Bataillonskammer. Von Kopf bis zu den Füßen werden wir neu ausgestattet. Alles funkelneue Sachen. Man hat seine helle Freude daran, doch wird sie getrübt durch den Gedanken an die vielleicht ewige Trennung von Weib und Kindern und an den dahinterlauernden unerbittlichen Sensenmann: Tod. Doch zum Kopfhängenlassen ist keine Zeit. Dem Mutigen gehört die Welt, und in diesem schmerzlichen Ringen bedürfen wir Deutsche des doppelten Mutes. Nach zwei Befichtigungen, in feldmarschmäßiger Ausrüstung, durch unsere höheren Vorgesetzten, stehen wir am 21. August nachmittags zum Abmarsch bereit. Der Abschied von Frau und Kindern war kurz und herzlich. Nur keine Bewegung zeigen. Mit klingendem Spiel geht es zum Bahnhof. Die breiten Landstraßen füllen sich fortwährend mit Soldaten der verschiedensten Regimenter, die den gleichen Bestimmungsort haben wie wir und zahlreichen Familienangehörigen. Es herrscht ein buntes Treiben, ein Abschiednehmen ohne Ende. Endlich gegen Abend läuft der Zug ein und setzt sich bald darauf in Bewegung, dem unbekanntem Ziele entgegen. Die Strecke bis zur Landesgrenze ist mir wohlbekannt. Wie oft bin ich sie gefahren, wenn ich zu Versammlungen oder zu Verhandlungen mußte in Düren und Aachen. Hier langen wir erst gegen Mitternacht an, wogegen man mit dem Schnellzug nur fünfviertel Stunden braucht. Wir haben nämlich häufig Halt gemacht. Auf der nächsten Station wird zum Aussteigen geblasen und warmer Kaffee empfangen. Ganz Glückliche ergattern auch noch ein Stück Holländer Käse. Dann geht die Fahrt mit vielen Unterbrechungen weiter. Im Wagenabteil, das wir zu sieben teilen, wird so gut es geht, geschlafen. Einer macht sich im Gepäcknetz bequem, zwei auf dem Boden, die andern, darunter ich, auf den Bänken. Beim Morgenrauschen befinden wir uns bereits ein gutes Stück in Belgien. In N . . . wird längere Zeit gehalten und wir haben Ruhe, uns die Zerstörungen genauer zu betrachten. Einige eifrige Kinder bringen uns Weinflaschen an den Zug, gefüllt mit kräftigem Rotwein, die sie zu 1 Mk. und 1,50 Mk. verkaufen. Sie finden reizenden Absatz und die Nachfrage ist stärker als das Angebot. Beim nächsten Halten sind wir gegen 11 Uhr vormittags im Kohlenrefervoir Belgiens. Hinter Sch . . ., wo wir Brot und Fleisch empfangen, die meisten erhalten ein prachtvolles Stück Speck, eine wahre Delikatesse für einen hungrigen Soldatenmagen. Das hilft einen über manche Strapazen hinweg. Gegen 4 Uhr nachmittags langen wir in B . . . an, wo wir mit frischer Reisuppe mit Rindfleisch beköstigt werden. Nachher gab es noch Kaffee. Nun geht's auf Frankreichs Boden, vorbei, wie auch in Belgien, an weiten fruchtbaren Getreidefeldern, die üppig in der Reife stehen, und an reich tragenden Obstgärten, an Dörfern und Städten. Kriegswahrzeichen sehen wir allenthalben, halb und ganz zerstörte und zerfallene Häuser, Scheunen, Ställe, hier mehr, dort weniger. Glückliches Deutschland, das bisher verschont geblieben ist und hoffentlich auch davon verschont bleibt. Auch wir alten Landstürmer wollen unsere ganze Kraft daran setzen, solches Elend von unseren Fluren, von unseren Frauen und Kindern abzuwehren. Das ist der Gedanke, der uns alle befeelt. Mitten in der Nacht langen wir in S . . . an. Wir steigen aus und beziehen Nachtquartier in einem großen Schuppen auf blankem Boden, der mit etwas Stroh belegt ist, doch es schläft sich

gut, wenn man müde ist. Nach fünfstündiger Ruhe wird schon wieder geweckt und fort geht es mit hungrigem Magen zurück zum Bahnhof. Auf dem Wege dorthin bemerke ich, daß ich abends in der Dunkelheit im Zuge meine schöne Tabakpfeife hängen ließ. Trotz aller Nachforschungen ist sie nicht wieder herbeizuschaffen. Ein schmerzlicher Verlust zwar, doch er wird männlich getragen. Nach mehrstündiger Bahnfahrt wird ausgestiegen und dann geht es zu Fuß mit vollem Gepäck dem Bestimmungsort zu, den wir nach vierstündigem Marsch gegen 1 Uhr mittags erreichen. Staub, Sonnenbrand und die schwere Last haben uns hungrig und durstig gemacht. Zwei Stunden später haben wir Quartier bezogen und nun wird nach kurzem Imbiß alles häuslich eingerichtet, soweit es in dem alten Gebäude, in dem wir auf dem Dachboden haufen, möglich ist.

Peter Dedenbach.

Gemeinnützige



Deutsche Volksversicherung

des

Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Strassenbahner Deutschlands



Den Heldentod für König und Vaterland
starb der Kollege

Peter Klein,
Schlachthofarbeiter,
Mitglied der Ortsgruppe Cöln.
Ehre seinem Andenken.

†
Gedentafel.

Gestorben sind die Kollegen

Josef Wildgruber,
Mitglied der Ortsgruppe München.

Josef Bröls,
Mitglied der Ortsgruppe Nürnberg.
Ehre ihrem Andenken!